

<p>* ENTSCHEIDUNG des Fachbeirates ☒ des Sachbearbeiters ☒</p> <p>Nr.- _____ Vom _____</p>	<p>* PROTOKOLLSTEMPEL</p> <p>_____</p> <p>Nr. _____</p>	<p>_____</p> <p>* Antrag Nr.</p> <hr/> <p>Sachbearbeiter</p>
--	--	--

* DEM AMT VORBEHALTEN

**ANTRAG UM AUßERORDENTLICHE FINANZIELLE SOZIALHILFE ANBETRACHT
DES EPIDEMIOLOGISCHEN NOTSTANDES AUFGRUND DES COVID-2019**

ERSATZERKLÄRUNG IM SINNE
des Art. 5 des L.G. Nr. 17/93, in geltender Fassung

Der/die Unterfertigte.....
(Nachname und Name)

geboren in am.....

ansässig/mit Sitz in Straße Nr.

PLZ Ortschaft - Prov.

Steuernummer

Tel. e-mail

für sich und seine Familiengemeinschaft

oder für:*

* nur im Fall von Vormundschaft oder Sachwalterschaft

Nachname und Name.....

geboren in am.....

ansässig/mit Sitz in Straße Nr.

PLZ Ortschaft - Prov.

Steuernummer

Tel. e-mail

<input type="checkbox"/> Soforthilfe Covid-19 <input type="checkbox"/> Miete und Wohnungsnebenkosten Covid-19
--

IBAN für die Zahlung der Leistungen

.....

Lautend auf den Namen

.....

Der/die Antragsteller/in erklärt für sich und im Auftrag der weiteren dazugehörigen Mitglieder der eigene Familiengemeinschaft, folgende Fakten, die Voraussetzung zum Ansuchen sind:

Die De-Facto Familiengemeinschaft besteht aus folgenden zusammenlebenden Familienmitgliedern:

Name/Nachname	Steuernummer	Verwandtschaftsgrad mit dem Nutzer	Bezieht steuerpflichtige Einnahmen im Moment der Gesuchstellung* Ja/Nein

* Nur für die Leistung "Soforthilfe COVID-19"

Zutreffendes ankreuzen

(Vor- und Nachname)

ist Arbeitnehmer oder Selbstständiger im Bereich.....
und hat das Einkommen aus diesen Tätigkeiten verloren aufgrund:

einer Aussetzung/einem Verlust der Arbeitstätigkeit
Tätigkeit:

Widerruf der vorgesehenen Wiederaufnahme/Keine Aufnahme der Arbeitstätigkeit
Tätigkeit:

Unfähigkeit, die bestehende Arbeitstätigkeit aufgrund der vorgesehenen Einschränkungen auszuüben
Tätigkeit:ab dem
Monat:

Der/die Antragsteller/in erklärt, dass kein Mitglied der eigenen Familiengemeinschaft einen noch nicht entschiedenen Antrag für die sog. Leistung „Reddito di cittadinanza“ laut Artikel 1 des G.D. Nr. 4/2019 gestellt hat oder diese Leistung zur Zeit bezieht.

Nur für die Leistung "Soforthilfe COVID-19"
kein Mitglied der eigenen Familiengemeinschaft bezieht im Moment der Gesuchstellung wirtschaftliche Leistungen zur Unterstützung des Einkommens, die von staatlichen Bestimmungen oder Landesbestimmungen aufgrund des epidemiologischen Notstandes COVID-19 vorgesehen sind.

Ich erkläre, dass alle im Gesuch gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen und dass keine wichtigen Angaben verschwiegen worden sind.

Ich erkläre, im Sinne des Art. 76 des D.P.R. Nr. 445/2000, in geltender Fassung, aufgeklärt worden zu sein und mir bewusst zu sein, dass ich, laut Strafgesetzbuch und Sondergesetzen, für alle unwahren oder unvollständigen Angaben und für die Vorlage falscher Urkunden strafrechtlich verantwortlich bin und dass ich unrechtmäßig bezogene Leistungen rückerstatten muss.

Ich ermächtige diese Körperschaft bei den zuständigen Stellen unmittelbar zu kontrollieren ob die gelieferten Daten der Wahrheit entsprechen. Sie kann auch bei Kreditinstituten oder sonstigen Finanzvermittlern (Banken namentlich anführen: _____) nachforschen und bei diesen Informationen über Geschäftsbeziehungen einholen.

Aufklärung im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung)

Das vorliegende Formular ist VOLLSTÄNDIG auszufüllen. Alle im Formular geforderten Angaben gelten als zwingend anzugeben und unerlässlich. Nicht vollständig ausgefüllte Formulare sind im Sinne des Art. 44, Abs. 5 des D.LH. Nr. 30/2000, in geltender Fassung, wirkungslos und man hat kein Anrecht auf eine Leistung.

Die von der betroffenen Person angegebenen Daten (meldeamtliche Daten, familiäre, soziale, wirtschaftliche und Arbeitssituation), einschließlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten (z.B. Invalidität, Pflegebedürftigkeit, Bezug von Entschädigungen oder Renten aufgrund der Einschränkung) werden, auch in digitaler Form (unter Einhaltung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen gemäß der EU-Verordnung zum Schutz personenbezogener Daten und durch geeignete Verfahren zur Gewährleistung der Vertraulichkeit) im notwendigen Ausmaß ausschließlich zu institutionellen Zwecken für die Erfordernisse des Landesgesetzes 13/1991, und insbesondere der Artikel 7 und 7/bis, und des DLH 30/2000, in geltender Fassung, von der Verwaltung des Dienstes, und jedenfalls unter Berücksichtigung der in der Verordnung (EU) 2016/679 erhaltenen Vorschriften, verarbeitet.

Im Sinne des Art. 13, Absatz 1, Buchstabe e) der Verordnung (EU) 2016/679 können der Rechtsinhaber (Verantwortlicher), die Auftragsverarbeiter und die verantwortlichen Sachbearbeiter Kenntnis über die persönlichen Daten erhalten. Die Daten können im notwendigen Ausmaß zur Erfüllung einer Gesetzesverpflichtung und jedenfalls unter Berücksichtigung der in derselben Verordnung enthaltenen Vorschriften, an Subjekte, die in der öffentlichen Verwaltung tätig sind und im Allgemeinen an alle Trägerkörperschaften, an welche die Mitteilung zur Erreichung der institutionellen Zwecke notwendig ist, sowie jenen Personen, die Inhaber des Aktenzugriffsrechtes sind, weitergeleitet werden. Insbesondere können lediglich die meldeamtlichen Daten sowie jene betreffend die Beanspruchung von Sozialleistungen von anderen Trägerkörperschaften der Sozialdienste ausschließlich zur Erfüllung von gesetzlichen Pflichten und aufgrund der entsprechenden Vereinbarung im Sinne des Art. 58 Abs. 2 GvD Nr. 82/2005 genutzt werden.

Im Sinne der der Verordnung (EU) 2016/679 hat die betroffene Person folgende Rechte: von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob die betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet werden und, ist dies der Fall, auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten, Auszüge und Auskunft in verständlicher Form darüber zu erhalten, die Anonymisierung der Daten zu verlangen, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen (der Widerruf der Einwilligung berührt nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung aufgrund der Einwilligung vor dem Widerruf), das Recht auf Information über die Herkunft der personenbezogenen Daten, den Zweck und die Art der Verarbeitung sowie die angewandte Logik, wenn die Verarbeitung mit Hilfe elektronischer Mittel erfolgt, die personenbezogenen Daten zu berichtigen, zu vervollständigen und/oder zu löschen, ihre Verarbeitung einzuschränken oder abzulehnen, sowie das Recht, Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzureichen.

Die Daten werden so lange verarbeitet, wie es für die Erfüllung des Rechtsverhältnisses zwischen den Parteien erforderlich ist und werden für einen Zeitraum von 10 Jahren aufbewahrt, es sei denn, dass es gesetzlich ausdrücklich anders vorgesehen ist.

I dati saranno trattati per tutto il tempo necessario allo svolgimento del rapporto giuridico in essere tra le parti e saranno conservati per un periodo di 10 anni, salvo diversa e specifica disposizione normativa. Verantwortlicher der Datenverarbeitung ist im Sinne des Art. 13, Abs. 1, Buchstabe a) der Verordnung (EU) 2016/679 _____ in der Person des gesetzlichen Vertreters *pro tempore*.

Kontaktdaten: _____.

Verantwortlich für die Bearbeitung von Beschwerden gemäß Verordnung (EU) 2016/679 ist _____. Der Datenschutzbeauftragten (DSB) ist _____ Kontaktdaten: _____.

Hinsichtlich der Beauftragung zur Lieferung, Betreuung und Wartung der Daten ist der Verantwortliche für die Verarbeitung, die SIAG – Informatica Alto Adige SpA, in Person des Präsidenten und gesetzlichen Vertreters *pro tempore*.

_____ Datum

_____ Unterschreibt den Antrag und bestätigt die erhaltene Aufklärung
im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679

DEM AMTE VORBEHALTEN

Zum Nachweis der Identität des/der Antragstellers/in liegt, im Sinne der Art. 21 und 38 des D.P.R. Nr. 445/2000, in geltender Fassung, die Kopie eines gültigen Ausweises bei.

_____ Datum

_____ Der verantwortliche Sachbearbeiter

Anlage

Ausweis und Steuernummer jedes Familienmitglieds und IBAN für die Auszahlung der Leistung

Nur für die Leistung Miete und Wohnungsnebenkosten Covid-19

Mietvertrag

Eigenerklärung der Voraussetzungen laut Art. 20 des D.LH 30/2000 (Formular "ALL. 1")